

## **Stellungnahme der Kreistagsfraktion von Bündnis 90 / Die Grünen zum Haushalt 2020**

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren, Kollegen und  
Kolleginnen des Kreistages

In der Einbringung des Haushaltes haben Sie, Herr Landrat einer Fülle von kreispolitischen Themen Rechnung getragen. Für uns stellt die Einbringung des Haushaltes die Möglichkeit dar, diesen einerseits finanzpolitisch als auch politisch zu bewerten.

In neuer Zusammensetzung muss der Kreistag beweisen, dass es allen an demokratischen Spielregeln liegt und diese auf wertschätzenden, weltoffenen und sozialen Werten beruhen.

Eines unserer wichtigsten Anliegen, der Umwelt- und Klimaschutz, ist mittlerweile in der breiten Bevölkerung angekommen, leider hinkt die notwendige politische Umsetzung noch weit hinterher. Größtes Unverständnis gibt es weltweit für die Entscheidung der Trump-Regierung, das Pariser Klimaabkommen zu kündigen. Die größte Herausforderung der kommenden Jahre wird die Bewältigung des Klimawandels mit all seinen Folgen in ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht sein. Weltweit gehen Menschen auf die Straße, um auf die Dringlichkeit des Handelns angesichts der globalen Erderwärmung und seiner Folgen hinzuweisen. Wenn wir uns anschauen, welche Wirkungen die Selbstverpflichtung bei der Reduktion der Treibhausgase aus dem Jahr 2015 zeigt, stellen wir fest, unsere Maßnahmen werden bei weitem nicht ausreichen. Experten berechnen mittlerweile eine Erderwärmung bzw. Überhitzung um 2,5 Grad, im schlimmsten Fall auf 3,5 bis 4 Grad. Dies wird auch auf Deutschland massive Auswirkungen haben.

Die Frage ist, was kann der Landkreis mit seinen Kommunen, was kann jeder Einzelne dazu beitragen, um die Erderwärmung noch ein wenig abzumildern?

### **Klimaschutzkonzept**

Dazu hat die Kreisverwaltung sich mit ihrem Klimaschutzkonzept einen groben Fahrplan in Richtung Klimaneutralität für die nächsten Jahre gegeben. Wir freuen uns über die Evaluation und eine mögliche Fortschreibung im nächsten Jahr. Bei dem

diesjährigen differenzierten Bericht der Geschäftsstelle Klimaschutz im UVA wurde deutlich, dass wir im Blick auf einige Sektoren, wie den Verkehr und die landkreiseigenen Liegenschaften noch stärker Treibhausgasminderungspfade definieren müssen, um den Landkreis möglichst bald treibhausgasneutral und klimafreundlich aufzustellen. Im Verkehr wird die Bilanz, wenn die VVS-Vollintegration vollzogen ist und der Nahverkehrsplan noch mehr Nutzerinnen und Nutzer gewinnt, deutlich positiver ausfallen. Im Blick auf die landkreiseigenen Liegenschaften finden wir es wichtig den Sanierungsstau zu beheben und einen entsprechenden Fahrplan aufzustellen. Besonders die solare Energiegewinnung und die Wärmeversorgung sollten vor dem Hintergrund der Klimaneutralität forciert werden:

**A: Die Landkreisverwaltung stellt einen detaillierten Sanierungs- und Ausbaufahrplan im Blick auf ihre Gebäude und Liegenschaften auf. Ähnlich der Situation bei den Kreisstraßen werden Prioritäten festgelegt, um ein energieeffizientes Vorgehen und eine schnelle klimaneutrale Wärmeversorgung zu erreichen. Dabei ist sowohl beim Einkauf von Erdgas als auch von Strom zu prüfen, wieweit regionale Anbieter mit ökozertifizierten, bzw. klimaneutralen Angeboten berücksichtigt werden können.**

Wichtiger Kooperationspartner beim Klimaschutzkonzept sind neben Industrie und Privathaushalten die Kommunen. Dazu gibt es auch Aussagen im neuen Klimaschutzgesetz des Bundes. Hier kann der Landkreis im Blick auf seine Kommunen wichtige Funktionen wahrnehmen, was z. T. auch bereits geschieht. Wir stellen uns vor, dass die Geschäftsstelle Klimaschutz ein fundierter Ansprechpartner sein kann und eine wichtige „Lotsenfunktion“ einnehmen könnte, sowohl was die Beratung im Blick auf Fördermittel angeht als auch im Blick auf eine Beratung etwa bei der Erstellung von Bauleitplanungen, die eine hohe CO<sub>2</sub>-Minderung beinhalten. Allerdings ist die zeitliche Belastung der Geschäftsstelle Klimaschutz bekannt.

**A: Die Landkreisverwaltung erarbeitet einen Vorschlag, wie diese wichtigen Aufgaben von der Geschäftsstelle Klimaschutz übernommen werden können und ob es dazu eine personelle Ausweitung braucht.**

## **Verkehr**

Der Landkreis kommt seinen Pflichtaufgaben mit einem umfassenden Sanierungsprogramm nach, das mit rund 33 Millionen auch finanziell eine ordentliche Verpflichtung darstellt. Der Ausbau der A 8 nimmt konkretere Züge an, leider konnten wir uns vor einem Jahr nicht mit der Forderung nach einer genaueren Untersuchung der K- Trasse durchsetzen. Nun wird es eine Fülle von Einwendungen geben. Wie immer bei Straßenbauvorhaben gibt es Gewinner und Verlierer. Verlierer ist in der Regel die Natur oder Anwohner, die bis dato weit weggerückt von neuen Trassen gewohnt haben. Aktuell wird dies beim Weiterbau der B 10 diskutiert. Negativbeispiel für uns ist die weiterhin geforderte Umgehung von Jebenhausen. Wir halten diese angesichts einer dringend notwendigen Umsetzung einer Verkehrswende und einem schonenden Umgang mit Ressourcen für nicht mehr zeitgemäß. Mittelfristig müssen der ÖPNV mit weiteren Verbesserungen, bzw. Verdichtung des Taktangebotes und andere Mobilitätsformen, z.B. carsharing und multimodale Mobilität gestärkt werden.

Wir unterstützen unseren fahrradfreundlichen Landkreis bei allen Maßnahmen den Modal split zugunsten des Fahrrads zu erhöhen und so einen entscheidenden Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, z.B durch Radschnellwege, durch die Maßnahmen der RADKULTUR, durch den geplanten Radaktionstag und durch Werbung für das Förderprogramm des Landkreises. Der geplante Radschnellweg ist gerade für Berufspendler eine Riesenchance die Filslandgemeinden noch näher zusammenzubringen und neue Nutzerkreise zu erschließen.

Deshalb ist es wichtig, dass der Landkreis seine bislang erfolgreiche Arbeit intensiviert mit dem Ziel, die hohen Fördermittel von Bund und Land von zusammen 87,5 % rechtzeitig abzugreifen und die Planung für den Radschnellweg voranzubringen.

Um das Alltagsradeln weiter zu fördern, sind die Abstellmöglichkeiten, gerade auch an öffentlichen Gebäuden zu verbessern.

**A: Zur Förderung des Alltagsradfahrens müssen im direkten Umfeld des Landratsamts sichere Radstellplätze für Kundinnen und Kunden sowie Besucherinnen angeboten werden. Dies gilt auch für andere Landkreisliegenschaften.**

Angesichts der bevorstehenden Vollintegration und der Bemühungen der Region die Expressbuslinien auszubauen bzw. zu stärken, beantragen wir

**A: die Schnellbuslinie Göppingen –Kirchheim planerisch vorzubereiten.**

Alternative Antriebsarten wurden lange Zeit von der Automobilindustrie nicht ausreichend erforscht und angepackt. Jetzt entsteht Nachholbedarf.

Förderprogramme sollen hier Abhilfe schaffen, etwa bei der Umstellung auf E-Mobilität. Neue Aufgaben kommen stetig auf das Amt für Mobilität zu, die dort personell nicht mehr geleistet werden können.

**A: Wir beantragen im Amt für Mobilität die Aufstockung um 1 Stelle. Damit sollen die Fülle der oben genannten Themen und neue Anforderungen voran gebracht werden.**

Dass die Ausgaben für Klimaschutz, ÖPNV oder auch Umsetzung Nahverkehrsplan im Bereich der **Freiwilligkeitsleistungen** geführt werden, halten wir für nicht mehr zeitgemäß. Wir halten Mobilität und Klimaschutz für Pflichtaufgaben und wichtige Elemente der Daseinsvorsorge und beantragen

**A: diese Aufgaben als Pflichtaufgaben zu deklarieren und die Freiwilligkeitsleistungen auf tatsächlich „freiwillige“ Leistungen zu reduzieren.**

Ungebremst ist der Flächenverbrauch, der Verlust von landwirtschaftlich nutzbaren Flächen und Erholungsraum, gerade in unseren ländlich geprägten Gebieten. Folgen sind Artensterben, Gefährdung regionalen Anbaus und Klimaschäden durch Versiegelungen. Boden muss im öffentlichen Bewusstsein wieder in Wert gesetzt werden.

**A: Die Landkreisverwaltung überlegt gemeinsam mit der Wirtschaftsförderung, wie und wo es gelingen kann modellhaft eine Fläche zu recyceln und wieder einer gewerblichen Nutzung zuzuführen. Mit der Wirtschaftsregion Stuttgart ist abzuklären, wieweit dafür eine finanzielle Förderung der Planung möglich ist.**

Wir halten ein solches modellhaftes Vorgehen für beispielgebend zur Entwicklung von weiteren Branchen im Landkreis.

## **Abfallwirtschaft:**

Erfreulich ist für uns, dass offensichtlich ernsthaft an den Prüfauftrag einer Rekommunalisierung des MHKW gegangen wird. Weniger erfreulich ist, dass die Biotonne keine Mehrheit fand, der Biobeutel nach wie vor nicht akzeptiert wird, wir trotz aller Rechenkünste unter Einbeziehung des Grüngutabfalles weit entfernt sind von Zielvorgaben und wir leider rechtlich gebunden sind bis 2024. Wir könnten schon viel weiter sein.

## **Soziales und Jugend**

Menschen in Not zu helfen ist eine Pflichtaufgabe im Sozialstaat. Dazu verpflichtet uns auch der Artikel 1 im Grundgesetz, Menschen ein Leben in Würde zu ermöglichen.

Deshalb sind Pflichtausgaben im Bereich Soziales keine lästige Pflicht, sondern müssen in der Überzeugung erfolgen, dass in unserem Land jede und jeder das Recht auf ein menschenwürdiges Leben hat.

Das gilt für in Not Geratene, für Menschen, die mit Einschränkungen leben müssen, das gilt genauso für Menschen, die zu uns geflüchtet sind und ein grundgesetzlich verbrieftes Recht auf Asyl haben. Wer einen Anspruch auf Unterstützung hat, muss ihn bekommen.

Die freiwilligen Leistungen müssen in allen Bereichen kritisch hinterfragt werden. Aber für den Sozialbereich gilt in der Regel, dass es sich um dringend erforderliche Präventivmaßnahmen handelt, die langfristig Kosten sparen können.

Die Ausgaben für Soziales steigen in diesem HHPlan mit 1,3 % weniger als erwartet, die für Kinder- und Jugendhilfe sogar nur um 0,8%. Möge dies der Realität standhalten!

Wir müssen diese Entwicklungen genau beobachten und ggf. flexibel reagieren.

## **Schulen**

In Verantwortung für die Zukunft ist es unsere Pflicht, die landkreiseigenen Bildungseinrichtungen nach Kräften zu stützen. Unsere Fraktion hält die von Herrn Landrat Wolff vorgeschlagene Schaffung eines Amtes für Schule und Bildung für sinnvoll, genaueres muss noch beraten werden. Parallel beantragen wir die

Wiederaufnahme des „Runden Tisches Schulen“, damit alle Beteiligten über neue Entwicklungen informiert sind.

**A: Wir beantragen die Wiedereinberufung eines „Runden Tisches Schulen“ mit Vertreter\*innen aus Verwaltung, Kreisschulen und Kreistag**

Die Situation an den Landkreisschulen wird durch HHPlan und Vorbericht im Ganzen deutlich. Wir begrüßen die begonnenen Schulentwicklungsprozesse und gehen davon aus, dass sie zügig voranschreiten. Gleichzeitig zeigt sich, dass die Bodelschwingschule Göppingen dringend zeitnah über die derzeitigen Interimslösungen hinaus weitere Entlastung für ihre Raumprobleme benötigt. Deshalb sehen wir die Notwendigkeit rechtzeitig zum Schuljahresbeginn 2020 eine akzeptable Übergangslösung zu schaffen, die die Raumnot dieser Schule entschärft.

**A: Bis zum nächsten Schuljahr wird eine Übergangslösung gefunden, die die größte Raumnot in der Bodelschwingschule Göppingen beseitigt.**

**Verwaltung**

Wir haben den Chancengleichheitsbericht im VA gehört, dessen Lektüre kann Frau nur jedem ans Herz legen. Er zeugt von einer hohen fachlichen Kompetenz und dem Mehrwert der Stelle der Beauftragten für Chancengleichheit für die Entwicklung unserer Verwaltung. Nicht zuletzt wird aber deutlich, dass wir vor dem Hintergrund von Fachkraftmangel nicht nachlassen dürfen, für Arbeitsbedingungen zu sorgen, die es Frauen und Männern gleichermaßen ermöglichen, erfolgreich im Beruf zu sein und für die Familie da zu sein, Kinder zu erziehen, Angehörige zu pflegen.

Es ist beunruhigend, dass die Zahl der weiblichen Führungskräfte auf das Niveau von 2011 gesunken ist, dass Teilzeitbeschäftigung nach wie vor weiblich ist. 8

Telearbeitsplätze im Jahr 2017. Das ist ausbaufähig, meine Damen und Herren!

Wenn wir nicht die Kompetenzen von Frauen fördern und wertschätzen, werden wir massivste Probleme bekommen. Es werden nicht nur Experten in unserer Verwaltung fehlen, sondern auch Führungskräfte.

Für uns ist Chancengleichheit im Grunde das 13. Schlüsselthema der Kreisentwicklung.

Wir müssen hier dran bleiben und die Verwaltung beauftragen, den Maßnahmenkatalog der AG Chancengleichheit umzusetzen.

**A: Rund 50% der Mitarbeitenden des Landkreises sind in Teilzeit tätig. Wir beantragen, Führungsstellen möglichst auch als teilbare Stellen auszuscheiden.**

Der Anteil der Telearbeitsplätze und die Möglichkeit des Homeoffice sind unbedingt weiterzuentwickeln. Nachdem wir uns 2013 für die demografieorientierte und familienbewusste Verwaltung, wo der Ausbau von Homeoffice eine deklarierte Maßnahme war, öffentlich haben loben lassen, sind 8 Telearbeitsplätze bei mehr als 1000 Beschäftigten nicht mal ein Feigenblatt...

**A: Wir erwarten eine deutliche Steigerung dieser Möglichkeit auf mindestens 10% der Arbeitsplätze.**

Damit komme ich zu einem Thema, das damit in Zusammenhang steht:

Wir müssen uns in Richtung Digitalisierung aufstellen, mehr als wir das bisher aus unserer Warte tun. Kundenfreundlichkeit und Service, E-learning und Webinare in der Fortbildung und Personalunterweisung, Ablauforganisation und Prozessoptimierung innerhalb der Verwaltung, das sind nur einige Stichworte.

**A: Wie sieht die Digitalisierungsstrategie der Landratsamtsverwaltung aus? Wie stellen Sie sich das Landratsamt 4.0 vor? Bericht und Diskussion im VA/ Kreistag, evtl. unter Einbeziehung von Experten**

## **Kreisbau**

Letztes Jahr haben wir gefordert, die Kreisbau möge bei ihren Neu- bzw. Sanierungsvorhaben soweit möglich Solaranlagen anbringen.–Für innovativ im Sinne des Klimaschutzes halten wir auch den Ansatz, soweit möglich, Holz als nachwachsenden Rohstoff zu verwenden.

**A: Wir bitten um eine Stellungnahme im Bericht der Kreisbau, wo und wie die Kreisbau bei Neubauten und Sanierungen, bzw. Gebäudeaufstockungen Holzbau umsetzt.**

## **Alb-Fils-Kliniken**

Wir freuen uns über das sichtbare Wachsen des Klinikneubaues verbunden mit der Hoffnung und Erwartung, dass der finanzielle Rahmen eingehalten werden kann. Was den Kliniken fehlt, ist Rückhalt bei Patienten und Zuweisern. Es gibt vermutlich wenige Kliniken, die so viel für Hygienestandards, Verbesserung ihres Medizinangebotes, Transparenz, und vielem mehr tun. Und trotzdem haben wir manchmal den Eindruck, dass frei nach dem Motto „Der Prophet im eigenen Land ist nichts wert“ die Öffentlichkeit nicht wahrnimmt, welche gute Arbeit dort geleistet wird.

Die Schwarze Null sehen wir nach wie vor kritisch, da politische Unwägbarkeiten - Bsp. Personaluntergrenzengesetz - oder auch noch ausstehende Entscheidungen zum Thema Schlaganfall die wirtschaftliche Situation der Kliniken positiv oder negativ erheblich beeinflussen können. Der Personalmangel im medizinischen Bereich wird immer deutlicher spürbar. Ob und wie die Reform der Pflegeausbildung hier Abhilfe schaffen kann bleibt abzuwarten. Diese Berufe attraktiver gerade für junge Menschen zu machen, dürfte in allen Bereichen der medizinischen Versorgung wichtigste Aufgabe sein. Notwendig ist dies auch im Hinblick auf einen wachsenden Anteil älterer Menschen. Die Digitalisierung im Gesundheitswesen schreitet weiter fort, auch in diesem Bereich müssen wir uns an beiden Standorten gut aufstellen.

Die Herausforderungen in finanzieller Hinsicht sind für den Landkreis in den nächsten Jahren immens, aber wenn wir uns ansehen, dass wir bei der Verschuldung im Prognosatlas den 50. Platz aller untersuchten Landkreise einnehmen, dann befinden wir uns noch auf einem ordentlichen Kurs und von Schwarzmalerei kann keine Rede sein. Welche Auswirkungen eine sich abschwächende Konjunktur auf den Landkreis hat, heißt es abzuwarten. Derzeit macht der Arbeitsplatzabbau in den unterschiedlichen Branchen große Sorgen, auch die Folgen globaler Handelskriege werden vor Ort sichtbar werden. Namhafte Firmen im Landkreis haben Entlassungen oder Kurzarbeit angekündigt.

Die Entwicklung der Schulden bzw. vorgesehenen Kreditaufnahmen ist beachtlich. Rentierliche Schulden, um diese so zu benennen, kommen aber den Einwohnern zu Gute und wir haben absolute gute Zinsbedingungen. Thema Kreisumlage klammern wir zunächst aus, da wir noch Diskussionsbedarf haben und die Diskussion in den



Ausschüssen abwarten. Grundsätzlich halten wir die **horizontale** Linie für einen fairen Ausgleich zwischen Kommunen und Landkreis.

An dieser Stelle sei allen Mitarbeitenden, ob in Verwaltung, den Alb-Fils-Kliniken oder Schulen herzlich für Ihre engagierte und gute Arbeit gedankt.

Die Aufgaben, die vor uns liegen sind groß, lassen Sie uns im Sinne des eingangs Genannten fair und lösungsorientiert um die Aufgabenerfüllung ringen. Wir freuen uns auf die Diskussion und danken nun für Ihr Zuhören.

Für die Fraktion

Martina Zeller-Mühleis

## Haushaltswirksame Anträge Bündnis 90 / Die Grünen

- 1. A: Die Landkreisverwaltung stellt einen detaillierten Sanierungs- und Ausbaufahrplan im Blick auf ihre Gebäude und Liegenschaften auf. Ähnlich der Situation bei den Kreisstraßen werden Prioritäten festgelegt, um ein energieeffizientes Vorgehen und eine schnelle klimaneutrale Wärmeversorgung zu erreichen. Dabei ist sowohl beim Einkauf von Erdgas als auch von Strom zu prüfen, wieweit regionale Anbieter mit ökozertifizierten, bzw. klimaneutralen Angeboten berücksichtigt werden können.**
- 2. A: Zur Förderung des Alltagsradfahrens müssen im direkten Umfeld des Landratsamts sichere Radstellplätze für Kundinnen und Kunden sowie Besucherinnen angeboten werden. Dies gilt auch für andere Landkreisliegenschaften.**
- 3. A: Wir beantragen im Amt für Mobilität die Aufstockung um 1 Stelle. Damit sollen die Fülle der oben genannten Themen und neue Anforderungen voran gebracht werden.**
- 4. Dass die Ausgaben für Klimaschutz, ÖPNV oder auch Umsetzung Nahverkehrsplan im Bereich der **Freiwilligkeitsleistungen** geführt werden, halten wir für nicht mehr zeitgemäß. Wir halten Mobilität und Klimaschutz für Pflichtaufgaben und wichtige Elemente der Daseinsvorsorge und beantragen **A: diese Aufgaben als Pflichtaufgaben zu deklarieren und die Freiwilligkeitsleistungen auf tatsächlich „freiwillige“ Leistungen zu reduzieren.****

## Haushaltsneutrale Anträge Bündnis 90 / Die Grünen

1. **A: Die Landkreisverwaltung erarbeitet einen Vorschlag, wie diese wichtigen Aufgaben von der Geschäftsstelle Klimaschutz übernommen werden können und ob es dazu eine personelle Ausweitung braucht.**
2. Angesichts der bevorstehenden Vollintegration und der Bemühungen der Region die Expressbuslinien auszubauen bzw. zu stärken, beantragen wir  
**A: die Schnellbuslinie Göppingen –Kirchheim planerisch vorzubereiten.**
3. **A: Die Landkreisverwaltung überlegt gemeinsam mit der Wirtschaftsförderung, wie und wo es gelingen kann modellhaft eine Fläche zu recyceln und wieder einer gewerblichen Nutzung zuzuführen. Mit der Wirtschaftsregion Stuttgart ist abzuklären, wieweit dafür eine finanzielle Förderung der Planung möglich ist.**
4. **A: Wir beantragen die Wiedereinberufung eines „Runden Tisches Schulen“ mit Vertreter\*innen aus Verwaltung, Kreisschulen und Kreistag**
5. **A: Bis zum nächsten Schuljahr wird eine Übergangslösung gefunden, die die größte Raumnot in der Bodelschwingschule Göppingen beseitigt.**
6. **A: Rund 50% der Mitarbeitenden des Landkreises sind in Teilzeit tätig. Wir beantragen, Führungsstellen möglichst auch als teilbare Stellen auszuschreiben.**
7. Der Anteil der Telearbeitsplätze und die Möglichkeit des Homeoffice sind unbedingt weiterzuentwickeln. Nachdem wir uns 2013 für die demografieorientierte und familienbewusste Verwaltung, wo der Ausbau von Homeoffice eine deklarierte Maßnahme war, öffentlich haben loben lassen, sind 8 Telearbeitsplätze bei mehr als 1000 Beschäftigten nicht mal ein Feigenblatt...  
**A: Wir erwarten eine deutliche Steigerung dieser Möglichkeit auf mindestens 10% der Arbeitsplätze.**
8. **A: Wie sieht die Digitalisierungsstrategie der Landratsamtsverwaltung aus? Wie stellen Sie sich das Landratsamt 4.0 vor? Bericht und Diskussion im VA/ Kreistag, evtl. unter Einbeziehung von Experten**  
**A: Wir bitten um eine Stellungnahme im Bericht der Kreisbau, wo und wie die Kreisbau bei Neubauten und Sanierungen, bzw. Gebäudeaufstockungen Holzbau umsetzt.**

